

# "Aktuelle Agrarpolitik - beobachtet von jungen LandwirtInnen"

Seit langem ist eine klare Zielrichtung der Agrarpolitik nicht erkennbar. Das verunsichert insbesondere junge LandwirtInnen, da Ihnen eine längerfristig überschaubare Grundlage für ihre Zukunftsentscheidungen fehlt.

Die unterschiedlichen Entscheidungsebenen - EU - Bund - Land - lassen keine klaren Perspektiven erkennen, da sich ihre gesetzlichen Regelungen und deren Ausführungsbestimmungen je nach politischer Macht teilweise widersprechen, zumindest aber nicht stimmig sind. Der rote Faden ist bei weitem nicht zu erkennen, so daß es immer wieder zu Wettbewerbsverzerrungen in der EU kommt.

Bedauert wird von uns auch, daß sich politische Entscheidungen immer weniger an wissenschaftlichen Ergebnissen orientieren.

Wir fordern hiermit eine klare Zielvorstellung bei den politischen Entscheidungsträgern ein. Unsere Zielvorstellungen dazu haben wir im Folgenden formuliert:

## **Förderungspolitik**

Eine gezielte einzelbetriebliche Förderung des wirtschaftenden und zukunftsorientierten Betriebes ist unerlässlich, um schlagkräftige und wettbewerbsfähige Strukturen der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins zu unterstützen. Daher fordern wir die Wiederaufnahme der Förderung aus dem Siedlungsondervermögens.

## **JunglandwirtInnen-Förderung**

Die JunglandwirtInnen-Förderung unterstützt junge LandwirtInnen, bereits als junge Menschen die Verantwortung für ein Wirtschaftsunternehmen aufzunehmen. Wir fordern, die JunglandwirtInnen-Förderung weiterhin zu erhalten und für Schleswig-Holstein die Aufstockung der Mittel auf EU-Höchstgrenze. Andernfalls ist es als Wettbewerbsverzerrung zu betrachten.

## **Strukturwandel**

Entsprechend der Zielvorgabe der Politik muß auch der Strukturwandel gestaltet werden. Wenn die relativ günstige Agrarstruktur Schleswig-Holsteins weiter ausgebaut werden soll, - und das fordern wir - muß der Strukturwandel schneller und stärker vonstatten gehen, als er es bisher tat. Deshalb ist eine soziale Betreuung und finanzielle Unterstützung der ausscheidenden Betriebsleiterfamilien nötig. Auf keinen Fall darf der Strukturwandel als eine Fehlentwicklung angesehen werden, sondern vielmehr ist es eine logische Konsequenz aus der Produktivitätssteigerung und den gesunkenen Erlösen. Es ist eine Chance für die Zukunft, auch wenn es bitter ist, daß es nicht mehr in allen Dörfern landwirtschaftliche Betriebe geben wird.

## **Sozialpflichtige Leistungen**

Der Landwirtschaft werden immer mehr Leistungen und Auflagen, besonders im Bereich Landschaftspflege und Naturschutz, aufgebürdet, die mit der Sozialpflicht des Eigentums begründet werden. Dies kann so von den Landwirten nicht hingenommen werden! Vielmehr muß die Gesellschaft solche Leistungen den Landwirten - die durchaus gewillt und fähig sind, dieses auszuführen - vergüten.

## **Aufforstungen / Biotopverbundsystem**

Es ist nicht zu verstehen, warum der relative Waldanteil in Schleswig-Holstein mit dem anderer Bundesländer verglichen werden soll, da die geographische Lage hier eine ganz andere ist. Die Bildung von Biotopen und Neuwald ist jedoch generell zu begrüßen, wenn die betroffenen AnwohnerInnen und LandwirtInnen damit einverstanden sind. Es ist aber nicht zu vertreten, daß die Wachstumsmöglichkeiten von Gemeinden und landwirtschaftlichen Betrieben durch Neuwaldbildung begrenzt werden und der Verkehrswert angrenzender Flächen sinkt, was genauso einer stillen Enteignung gleichkommt, wie die behördliche Ausweisung von Naturschutzflächen im Rahmen des Biotopverbundsystems.

## **Umwelt- und Naturschutz**

Besonders für junge Landwirte ist der verantwortungsvolle Umgang mit der Natur eine Selbstverständlichkeit. Ein

verordneter Naturschutz, wie er in Schleswig-Holstein durch das Landesnaturschutzgesetz realisiert wurde, wirkt zusätzlichen freiwilligen Leistungen entgegen. Die Natur läßt sich in kein Gesetzesschema pressen - und damit auch ihr Schutz nicht! Wir fordern EU-einheitliche Naturschutzgesetze.

### **Genossenschaften / Vor- und nachgelagerte Wirtschaftsbereiche**

Die Landwirtschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten zu stark auf die primäre Rohstoff-produktion konzentriert. Dadurch wird das Geld heute nicht mehr in der Landwirtschaft sondern vermehrt in den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen verdient. Die Landwirtschaft muß versuchen, sich diese Bereiche als Einkommensquelle zurückzuerobern. Da, wo sie noch durch genossenschaftliche Unternehmen abgedeckt werden, ist in den letzten Jahren teilweise das zukunftsorientierte Management sträflich vernachlässigt worden, so daß private Mitbewerber, darunter auch ausländische Unternehmen, sich große Marktanteile sichern konnten. Dadurch fließt für Schleswig-Holstein wichtiges Kapital in andere Regionen und ist somit für uns verloren. Es ist zu bedauern, daß anscheinend der ursprüngliche genossenschaftliche Gedanke verloren geht. Er muß aber von unserem eigenen Berufsstand wieder vorangetrieben werden.

### **Tierseuchenrecht**

Wir halten es für notwendig, daß in unserem Tierseuchenrecht unterschiedliche Risikoklassen eingeführt werden. Mit dem Ausbruch der Schweinepest wurde deutlich, daß bestimmte Produktionssysteme wie auch der Tierzukauf aus anderen Regionen ein erhöhtes Risiko darstellen können, das dann auch von den VerursacherInnen mitgetragen werden muß. Der Beitrag muß sich nach dem produktionsbedingtem Risiko des Betriebssystems staffeln.

### **Gentechnologie**

Die Gentechnologie wird in Deutschland sehr kontrovers diskutiert. Wir sind der Ansicht, daß wir einen zukünftig wichtigen Wirtschaftsbereich nicht anderen überlassen dürfen, weil wir uns damit auch von einem diesbezüglichen ausländischen Agrarbusiness abhängig machen. Gentechnologie läßt sich wie andere Bereiche des technischen Fortschritts nicht verhindern. Wir sehen den Vorteil, daß der Umwelt durch Gentechnologie erheblich geholfen werden kann, z.B. durch Einsparung von Pflanzenschutzmitteln, durch resistente Pflanzen oder durch Bakterien, die giftige Substanzen abbauen können. Grundvoraussetzung ist jedoch eine umfassende und unabhängige Kontrollinstanz.

### **Betriebskooperation**

Die Betriebe in den neuen Bundesländern zeigen uns neue Betriebsformen und Strukturen, die in Zukunft auch westliche Betriebe prägen werden. Eine gute Möglichkeit dazu sind aus sozialer und wirtschaftlicher Sicht Betriebskooperationen. Diese muß speziell gefördert werden, z.B. durch Schaffung einer auf die Landwirtschaft zugeschnittenen kooperativen Unternehmensform, wie sie z.B. seit 30 Jahren in Frankreich existiert. Benachteiligung in rechtlicher und steuerlicher Sicht müssen im Zuge damit ausgeräumt werden.

### **Nachwachsende Rohstoffe**

Nachwachsende Rohstoffe sind durch den Gesetzgeber und die Landwirte selbst überall dort zu forcieren, wo ihr Einsatz machbar sowie ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist. Die Verwendung von Rapsöl in Hydraulikölen und Verlustschmierungen, sowie die Beimischung von RME zu Diesel - dessen Beimischungsgrad sollte sich ständig den Anbau-, Absatz- und Preisverhältnissen anpassen - ist zu erweitern. Grundvoraussetzung des Einsatzes nachwachsender Rohstoffe muß die Steuerbefreiung in fast allen Bereichen sein! Unerlässlich ist es ebenfalls, daß die Forschung in diesem Sektor und die Möglichkeit, Großversuche durchzuführen, ausgedehnt werden muß. Wir fordern auch den uneingeschränkten Anbau nachwachsender Rohstoffe auf Stilllegungsflächen.

### **Terminmärkte**

Die Einführung einer Agrarwaren-Terminmarktborse in Frankfurt ist grundsätzlich sehr zu befürworten. Allerdings muß bis zur Eröffnung noch sehr viel Informations- und Schulungs-arbeit geleistet werden, damit auch jeder Landwirt sich mit dieser neuen Marktform vertraut machen kann. Insbesondere in den landwirtschaftlichen Fachschulen muß dieses Wissen vermittelt werden.

### **Agrarreform**

Die Agrarreform und ihre Umsetzung in Deutschland ist aus unserer Sicht völlig mißlungen: durch die direkten Einkommensübertragungen wird der/die leistungswillige LandwirtIn bestraft; die Kleinerzeugerregelung macht die Absicht der Mengenrückführung wieder zunichte; durch die Berechnung der Nettoflächen werden freiwillige Leistung im Naturschutz verhindert; durch die "Wiesensteuer" in Schleswig-Holstein soll von den LandwirtInnen selbst der von ihnen nicht gewollte Bürokratismus finanziert werden. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Kleinerzeugerregelung, die Änderung der Nettoflächenberechnung in eine Bruttoflächenberechnung, sowie die Abschaffung der Wiesensteuer und eine allgemeine Entbürokratisierung des Agrarsektors.

### **Milchquote**

Die Milchquotenregelung darf bis zum Jahre 2.000 nicht geändert werden, da sie eine Kalkulationsbasis für die Betriebe

darstellt. Mit dem Auslaufen der Regelung fordern wir eine Beibehaltung der Mengenbegrenzung zur Preisstabilisierung. Das Produktionsrecht darf nur auf einem milcherzeugenden Betrieb liegen und keinen immateriellen Wert bilden. Freiwerdende Quoten müssen in einen Quotenpool einfließen, aus dem expansionswillige LandwirtInnen bedient werden können. Die Zuteilung der Quoten muß dann in Abhängigkeit zur Leistungsfähigkeit der Betriebe stehen.

### **BST-Verbot**

BST (bovines somatotropin) ist ein Hormon, das ganz natürlich in jeder Kuh vorkommt. Durch die Verabreichung eines BST-Präparates wird die Milchproduktion der Kuh verstärkt. Aus diesem Einsatz dürfen jedoch keine gesundheitlichen Nachteile für Mensch und Tier entstehen. Da dieses bei dem im Zulassungsverfahren befindlichen Mittel "Posilac" anscheinend nicht gegeben ist und eine Verbraucherakzeptanz nicht besteht, fordern wir eine Einstellung des Zulassungsverfahrens.